Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2288

14. 11. 78

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. März 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt

A. Zielsetzung

Bei den im internationalen Verkehr tätigen Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt stellen die mit der ausländischen Besteuerung verbundenen Belastungen ein Hindernis für den ungestörten Waren- und Personenverkehr über die Grenzen dar. Zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Venezuela sollen solche steuerlichen Hindernisse abgebaut werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 17. März 1978 enthält die hierfür erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternative

keine

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) — 521 05 — Do 38/78

Bonn, den 14. November 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. März 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und spanischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 465. Sitzung am 10. November 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. März 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Caracas am 17. März 1978 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels VI für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels VI des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Venezuela insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel VI in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrats ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel VI erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1974 erhoben werden. Dieser Rückwirkungszeitraum berücksichtigt, daß sich die Verhandlungen über das Abkommen längere Zeit hinzogen. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels klarstellend vor, daß dem die Unanfechtbarkeit bereits ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegensteht.

In besonders gelagerten Einzelfällen kann sich durch die im Abkommen vorgesehene Zuordnung der Besteuerungsrechte im Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine höhere Gesamtbelastung an deutscher und venezolanischer Steuer ergeben als nach den bisherigen Rechtsvorschriften.

Absatz 2 des Artikels schließt daher — ungeachtet schon bisheriger Verwaltungsmaßnahmen — für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an venezolanischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel VI in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Venezuelas beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Venezuela —

in der Absicht, die Doppelbesteuerung bei den Gewinnen und dem Vermögen der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt zu vermeiden;

nach Prüfung und Feststellung der Gegenseitigkeit der Behandlung bezüglich der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt der Vertragsparteien —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Die Steuern, für die dieses Abkommen gilt, sind:

a) in der Bundesrepublik Deutschland: die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zu diesen Steuern und die Vermögensteuer (im folgenden als „deutsche Steuer" bezeichnet);

b) in der Republik Venezuela: die Einkommensteuer (el Impuesto sobre la Renta) (im folgenden als „venezolanische Steuer" bezeichnet).

(2) Das Abkommen gilt auch für die Änderungen der genannten Steuern und für alle anderen Steuern, die auf Grund des Steuergegenstands oder der Besteuerungsgrundlage den genannten Steuern in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht ähnlich sind und von einer Vertragspartei nach der Unterzeichnung des Abkommens erhoben werden.

Artikel II

(1) Der Ausdruck „Luftfahrt oder Seeschiffahrt" bedeutet die Beförderung von Personen, Tieren, Waren und Post auf dem Luft- oder Seeweg durch Eigner oder Charterer von Luftfahrzeugen oder Schiffen einschließlich des Verkaufs von Flug- oder Schiffskarten und ähnlichen Dokumenten sowie jede sonstige mit dieser Beförderung unmittelbar verbundene Tätigkeit.

(2) Der Ausdruck „internationaler Verkehr" bedeutet jede von deutschen oder venezolanischen Unternehmen mit Luftfahrzeugen oder Schiffen durchgeführte Beförderung, soweit die Luftfahrzeuge oder Schiffe nicht aus-

Convenio entre el Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de la República de Venezuela para evitar la doble tributación a las empresas de transporte aéreo y marítimo

El Gobierno de la República Federal de Alemania

y

el Gobierno de la República de Venezuela,

con la finalidad de evitar la doble imposición sobre los beneficios y bienes de las empresas de transporte aéreo y marítimo;

Luego de haber examinado y comprobado la reciprocidad de trato en lo referente a las empresas de transporte aéreo y marítimo de las dos Partes Contratantes;

Han convenido en lo siguiente:

Artículo I

1. Los impuestos materia del presente Convenio son:

a) En la República Federal de Alemania; el Einkommensteuer (impuesto sobre la renta); el Körperschaftsteuer (impuesto sobre sociedades) inclusive los gravámenes complementarios vinculados a los impuestos mencionados y el Vermögensteuer (impuesto sobre el patrimonio); (los cuales, en lo sucesivo, se denominan "impuesto alemán").

b) En la República de Venezuela; el Impuesto sobre la Renta (el cual, en lo sucesivo, se denomina "impuesto venezolano").

2. Este Convenio se aplicará también a las modificaciones que se introdujeren a los referidos impuestos y cualquier otro que en razón del hecho generador o de la base imponible, fuere jurídica y económicamente análogo a los ya citados y que una u otra de las Partes Contratantes estableciere con posterioridad a la firma del presente Convenio.

Artículo II

1. La expresión "ejercicio de la navegación aérea o marítima" significa la actividad de transporte por vía aérea o marítima de personas, animales, mercancías y correo, desarrollada por propietarios y fletadores de aviones o barcos incluída la venta de pasajes y documentos similares y cualquier otra actividad directamente relacionada con tales transportes.

2. La expresión "tráfico internacional" significa toda actividad de transporte efectuada por medio de aviones o barcos por empresas alemanas o venezolanas, excepto el caso en que las aeronaves o barcos sean utilizados

schließlich zwischen Orten innerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Venezuela oder der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

(3) Der Ausdruck „venezolanische Unternehmen" bedeutet Unternehmen, die dem venezolanischen Staat gehören, venezolanische öffentlich-rechtliche Körperschaften auf nationaler oder lokaler Ebene und natürliche Personen, die ihren steuerlichen Wohnsitz in Venezuela haben und nicht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind, sowie nach venezolanischem Recht gegründete Kapital- oder Personengesellschaften, deren Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung sich im venezolanischen Hoheitsgebiet befindet.

(4) Der Ausdruck „deutsche Unternehmen" bedeutet deutsche Unternehmen, die der Bundesrepublik Deutschland gehören, öffentlich-rechtliche Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland auf nationaler oder lokaler Ebene und natürliche Personen, die ihren steuerlichen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und nicht in Venezuela ansässig sind, sowie nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland gegründete Kapital- oder Personengesellschaften, deren Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet.

(5) Der Ausdruck „zuständige Behörden" bedeutet auf seiten Venezuelas die Dirección General de Rentas del Ministerio de Hacienda oder die sie vertretende Stelle und auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die das Ministerium vertretende Stelle.

Artikel III

(1) Einkünfte, die deutsche Unternehmen aus der Luftfahrt oder Seeschiffahrt im internationalen Verkehr beziehen, sind von der venezolanischen Steuer befreit.

(2) Einkünfte, die venezolanische Unternehmen aus der Luftfahrt oder Seeschiffahrt im internationalen Verkehr beziehen, sind von der deutschen Steuer befreit.

Unter den gleichen Voraussetzungen werden auch Luftfahrzeuge und Schiffe sowie das deren Betrieb dienende bewegliche Vermögen von der deutschen Vermögensteuer befreit.

(3) Die Steuerbefreiung nach den Absätzen 1 und 2 erstreckt sich auch auf Beteiligungen deutscher und venezolanischer Unternehmen an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft der Luftfahrt oder Seeschiffahrt und einem sonstigen internationalen Betriebszusammenschluß auf dem Gebiet der Luftfahrt oder Seeschiffahrt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nur für deutsche Unternehmen, die am Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens regelmäßigen Verkehr nach venezolanischen Flughäfen oder Häfen betreiben, und für venezolanische Unternehmen, die am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens regelmäßig Verkehr nach Flughäfen oder Häfen in der Bundesrepublik Deutschland betreiben.

Diese Bestimmungen gelten auch für deutsche und venezolanische Unternehmen, die in einem etwaigen künftigen Luftverkehrsabkommen zwischen den Vertragsparteien bezeichnet oder von den zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt werden.

(5) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels legen die gemäß diesen Bestimmungen von der Steuer befreiten Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschiffahrt den zuständigen Behörden der anderen Ver-

exclusivamente entre localidades situadas en el territorio de la República de Venezuela o de la República Federal de Alemania.

3. La expresión "empresas venezolanas" significa las empresas pertenecientes al estado venezolano, los organismos públicos venezolanos, sean de carácter nacional o local y las personas físicas residentes en Venezuela a todos los efectos fiscales y no residentes en la República Federal de Alemania, así como las sociedades de capital o de personas constituídas de conformidad con las leyes venezolanas y con domicilio de la dirección efectiva en territorio venezolano.

4. La expresión "empresas alemanas" significa las empresas alemanas pertenecientes a la República Federal de Alemania, los organismos públicos de la República Federal de Alemania, sean de carácter nacional o local y las personas físicas residentes en la República Federal de Alemania a todos los efectos fiscales y no residentes en Venezuela, así como las sociedades de capital o de personas constituídas de conformidad con las leyes de la República Federal de Alemania y con domicilio de la dirección efectiva en territorio de la República Federal de Alemania.

5. La expresión "autoridades competentes" significa, por lo que respecta a Venezuela, la Dirección General de Rentas del Ministerio de Hacienda, o la Oficina que haga sus veces y, por lo que respecta a la República Federal de Alemania, el Ministerio de Finanzas, o la Oficina que haga sus veces.

Artículo III

1. Estarán exoneradas del impuesto venezolano las rentas derivadas del ejercicio de la navegación aérea o marítima en tráfico internacional por empresas alemanas que ejerzan tal actividad.

2. Estarán exoneradas del impuesto alemán las rentas derivadas del ejercicio de la navegación aérea o marítima en tráfico internacional por empresas venezolanas que ejerzan tal actividad.

Dadas las mismas condiciones, estarán también exonerados del impuesto alemán sobre el patrimonio las aeronaves y los barcos así como los bienes muebles destinados a la operación de ellos.

3. La exoneración fiscal establecida en los párrafos anteriores 1 y 2 se aplica también en favor de las empresas alemanas y de las empresas venezolanas que participen en servicios en "pool", en ejercicios en común de transporte aéreo o marítimo y a otros organismos internacionales de operación aérea o marítima.

4. Los párrafos 1, 2 y 3 que anteceden se aplicarán solamente a empresas alemanas que sirvan regularmente aeropuertos o puertos venezolanos para la fecha de firma del presente Convenio y a empresas venezolanas que sirvan regularmente aeropuertos o puertos en la República Federal de Alemania para la fecha de firma.

Estos párrafos se aplicarán también a empresas alemanas y venezolanas designadas de conformidad con las disposiciones pertinentes de un Convenio sobre Transporte Aéreo que pueda ser concluído en lo futuro entre ambas Partes Contratantes o determinadas de mutuo acuerdo por las autoridades competentes.

5. No obstante las disposiciones de los párrafos anteriores del presente Artículo, las empresas aéreas y marítimas exoneradas del impuesto de conformidad con estas disposiciones deberán presentar a las autoridades compe-

tragspartei ausschließlich zu statistischen Zwecken eine Erklärung der wirtschaftlichen Ergebnisse ihrer Luft- oder Seetransporttätigkeit und der damit verbundenen Tätigkeiten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vor.

Artikel IV

(1) Die zuständigen Behörden können, wenn sie es für erforderlich halten, einander konsultieren, um die beiderseitige Durchführung und die Beachtung der Grundsätze und Bestimmungen dieses Abkommens zu gewährleisten. Eine solche Konsultation kann von jeder Vertragspartei beantragt werden und muß dann innerhalb von sechzig (60) Tagen beginnen.

(2) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf friedlichem, völkerrechtlich anerkanntem Weg entschieden.

Artikel V

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Venezuela innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel VI

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem auf diplomatischem Weg die letzte der Notifikationen der Vertragsparteien über die Erfüllung der jeweiligen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfolgt; es ist bei der Besteuerung von Unternehmen der Luft- und Schiffahrt auf die Steuern anzuwenden, die für das Steuerjahr 1974 und die folgenden Steuerjahre erhoben werden.

Artikel VII

Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft, jedoch kann es von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Weg gekündigt werden; in diesem Fall wird das Abkommen am 1. Januar des Jahres ungültig, das dem Jahr folgt, in dem die Kündigungsfrist abläuft.

GESCHEHEN zu Caracas am 17. März 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

tentes de la otra Parte Contratante, para fines estadísticos únicamente, una declaración de los resultados económicos de sus operaciones de transporte aéreo o marítimo y de las operaciones con ellas conexas ejecutadas en el territorio de la otra Parte Contratante.

Artículo IV

1. Las autoridades competentes podrán realizar consultas cuando lo estimen conveniente, con el fin de asegurar la recíproca aplicación y el cumplimiento de los principios y disposiciones del presente Convenio. Tal consulta podrá solicitarla cualquiera de las Partes Contratantes y ésta debe iniciarse dentro de los sesenta (60) días contados a partir de la fecha de la solicitud.

2. Las diferencias entre las Partes Contratantes relativas a la interpretación o ejecución de este Convenio serán decididas por las vías pacíficas reconocidas en el derecho internacional.

Artículo V

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlín en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Venezuela dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo VI

El presente Convenio entrará en vigor el día primero del mes siguiente a aquel en el que se efectuó la última de las notificaciones de las Partes Contratantes, por vía diplomática, de haber cumplido con sus respectivos requisitos constitucionales para tal fin y se aplicará en la imposición a empresas de transporte aéreo y marítimo a aquellos impuestos que se perciban por el año fiscal 1974 y los sucesivos años fiscales.

Artículo VII

El presente Convenio permanecerá en vigencia por tiempo indeterminado, pudiendo ser denunciado por cada una de las dos Partes Contratantes mediante preaviso de seis (6) meses por via diplomática. En tal caso el Convenio dejará de tener efecto a partir del 1º de Enero del año sucesivo al del vencimiento del preaviso.

HECHO en Caracas, a los diecisiete días del mes de marzo de mil novecientos setenta y ocho, en dos ejemplares en idiomas castellano y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania
Rudolf Spang
Botschafter
Embajador

Für die Regierung der Republik Venezuela
Por el Gobierno de la República de Venezuela
Simón Alberto Consalvi
Außenminister
Ministro de Relaciones Exteriores

Denkschrift zum Abkommen

Das am 17. März 1978 in Caracas unterzeichnete Abkommen stellt einen weiteren Schritt in den Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland dar, den internationalen Handel durch Abbau von steuerlichen Hindernissen auf dem Transportsektor zu fördern. Das Abkommen ist in seinem Anwendungsbereich auf die Beseitigung der Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögen von Unternehmen der Luft- und Seeschiffahrt beschränkt, da die venezolanische Seite dem Abschluß eines allgemeinen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bislang ablehnend gegenübersteht. In diesem Bereich entspricht es jedoch inhaltlich voll den Regelungen, die sich in den sonst üblichen allgemeinen Doppelbesteuerungsabkommen für den Sektor des Transportwesens finden, d. h. es sieht — im Ergebnis nicht anders als Artikel 8 des OECD Musterabkommens — die alleinige Besteuerung der betreffenden Unternehmen im Sitzstaat vor.

Im einzelnen läßt sich zu den Abkommensregelungen folgendes sagen:

Zu Artikel I

Diese Vorschrift zählt abschließend die Steuern auf, auf die sich das Abkommen erstreckt.

Zu Artikel II

Hier finden sich die für die Abkommensanwendung erforderlichen allgemeinen Definitionen.

Zu Artikel III

In diesem Artikel ist das Prinzip des Abkommens verankert, wonach das Besteuerungsrecht für die Einkünfte und das Vermögen von Unternehmen der Luftfahrt und Seeschiffahrt ausschließlich dem Vertragsstaat zusteht, in dem das betreffende Unternehmen seinen Sitz hat. Daneben findet sich hierin auch noch eine nähere Abgrenzung des subjektiven Geltungsbereichs des Abkommens.

Zu Artikel IV

Diese Vorschrift enthält die für eine reibungslose Durchführung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten insbesondere bei unterschiedlicher Auslegung oder Anwendung des Vertrags.

Zu Artikel V

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel VI*

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Abkommens, wobei das hierfür jeweils innerstaatlich anzuwendende Verfahren jedem Vertragsstaat selbst überlassen bleibt. Das Abkommen soll erstmals für das Steuerjahr 1974 angewendet werden.

Bn 812175 11. 78